

BDW

Wasserkraft stabilisiert Netzbetrieb

[18.07.2018] Die kleine Wasserkraft spart eine Milliarde Euro beim Netzausbau. Das zeigt ein Gutachten der Bergischen Universität Wuppertal. Der Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) nimmt das zum Anlass und fordert die Politik dazu auf, die Finanzierungsgrundlage für die Wasserkraft zu verbessern.

Die Bergische Universität Wuppertal hat ein Gutachten veröffentlicht, in dem die positive Auswirkung von Wasserkraft auf den Netzausbau thematisiert wird. Wie der Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) mitteilt, zeigt die Studie in einem Szenarienvergleich, dass die Netzausbaukosten ohne kleine Wasserkraftanlagen um 750 Millionen Euro steigen können und weitere Netzdienstleistungen im Wert von 250 Millionen Euro verloren gehen. „So reduzieren zum Beispiel die über 7.000 Wasserkraftwerke in Deutschland wegen ihrer Nähe zu den Stromverbrauchern die Netzverluste erheblich“, berichtet Hans-Peter Lang, Präsident des BDW. „Sie erzeugen den Strom konstant und meistens dort, wo er gebraucht wird. Wasserkraftstrom muss daher nicht über lange Distanzen über die Netze transportiert werden.“ Die derzeitigen ökologischen Auflagen, wie Fischaufstiege und -abstiege sind zwar technisch umsetzbar, untergraben aber die Wirtschaftlichkeit der Anlagen. Daher empfiehlt der BDW der Bundesregierung, die Finanzierungsgrundlage für die Wasserkraft zu verbessern. Lang dazu: „Ein Wasserkraftbetreiber, der seine Anlage ökologisch modernisiert, erfüllt auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sollte die Bundesregierung über ein Bundesförderprogramm die ökologische Modernisierung unterstützen.“ An die Bundesländer gerichtet, empfiehlt Lang: „Bei den Genehmigungsverfahren muss zudem das Wirtschaftlichkeitsgebot beachtet werden.“ Dazu gehörten längere Umsetzungsfristen, angepasste Anforderungen bei Restwasser und Durchgängigkeit sowie straffere und kürzere Genehmigungsverfahren.

(sav)

[Weiter zum Gutachten \(1,6 MB\)](#)

Stichwörter: Wasserkraft, Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW), Politik